



## PRESSEINFO

### **Gemeinschaftsdiagnose Deutschland 1/2023: Inflation im Kern hoch – Angebotskräfte jetzt stärken**

(Wien, 5.4.2023) Die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Prognose für den Anstieg der Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr auf 0,3 Prozent angehoben. Im Herbst hatten sie noch mit einem Rückgang um 0,4 Prozent gerechnet. „Der konjunkturelle Rückschlag im Winterhalbjahr 2022/2023 dürfte glimpflicher ausgefallen sein als im Herbst befürchtet. Maßgeblich ist ein geringerer Kaufkraftentzug infolge deutlich rückläufiger Energiepreise“, sagt ifo-Konjunkturchef Timo Wollmershäuser zur Begründung. Dennoch wird die Inflationsrate nur langsam zurückgehen von 6,9 Prozent im vergangenen Jahr auf 6,0 Prozent in diesem Jahr.

Staatliche Entlastungsmaßnahmen und absehbar hohe Lohnsteigerungen stärken die Binnennachfrage und halten den heimischen Preisauftrieb hoch. Erst im kommenden Jahr lässt auch von dieser Seite der Inflationsdruck nach, und die Inflationsrate bildet sich spürbar auf 2,4 Prozent zurück. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte dann mit plus 1,5 Prozent wieder kräftiger zulegen. Gute Nachrichten gibt es für den Arbeitsmarkt: Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte weiter zunehmen, von 45,6 Millionen im Jahr 2022 auf 45,9 Millionen im Jahr 2023 und 46,0 Millionen im Jahr 2024. Die Zahl der Arbeitslosen steigt in diesem Jahr vorübergehend von 2,42 auf 2,48 Millionen, da die ukrainischen Flüchtlinge nicht sofort auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen. Im kommenden Jahr dürfte die Arbeitslosigkeit dann allerdings wieder sinken auf dann 2,41 Millionen Personen.

Der Staat wird sein Finanzierungsdefizit im laufenden Jahr nur leicht auf 2,2 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt verringern, weil die Finanzpolitik zunächst expansiv ausgerichtet bleibt. Erst im kommenden Jahr wird der Kurs deutlicher gestrafft und das Defizit auf 0,9 Prozent sinken. Ein Großteil der Terms-of-Trade-Verluste aus dem Vorjahr, die den gesamtwirtschaftlichen Kaufkraftverlust durch die kräftig verteuerten Energieimporte messen, wird bis Ende 2024 wieder aufgeholt. In der Folge steigt der Leistungsbilanzsaldo wieder auf 6,0 Prozent der Wirtschaftsleistung, nachdem er im vergangenen Jahr vorübergehend auf 3,8 Prozent gesunken war.

#### Über die Gemeinschaftsdiagnose

*Ziel der Gemeinschaftsdiagnose ist die Analyse und Prognose der Entwicklung der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft sowie die Ableitung wirtschaftspolitischer Empfehlungen. Sie wird zweimal jährlich erstellt, das Institut für Höhere Studien ist als Partner des RWI – Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung dabei.*

#### **Rückfragen & Kontakt am IHS**

Klaus Weyerstraß

*Sprecher für Internationale Konjunktur und Außenwirtschaft*

+43 1 599991 233

[klaus.weyerstrass@ihs.ac.at](mailto:klaus.weyerstrass@ihs.ac.at) | [www.ihs.ac.at](http://www.ihs.ac.at)

**Tabelle**

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2020	2021	2022	2023	2024
Reales Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup>	-3,7	2,6	1,8	0,3	1,5
Erwerbstätige <sup>2</sup> (1 000 Personen)	44 915	44 980	45 570	45 900	45 963
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 695	2 613	2 418	2 483	2 405
Arbeitslosenquote BA <sup>3</sup> (in %)	5,9	5,7	5,3	5,4	5,3
Verbraucherpreise <sup>1,4</sup>	0,5	3,1	6,9	6,0	2,4
Lohnstückkosten <sup>1,5</sup>	2,8	0,7	3,3	6,4	4,0
Finanzierungssaldo des Staates <sup>6</sup>					
in Mrd. Euro	-147,6	-134,3	-101,3	-90,8	-39,9
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-4,3	-3,7	-2,6	-2,2	-0,9
Leistungsbilanzsaldo					
in Mrd. Euro	238,7	265,0	145,1	232,2	257,5
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	7,0	7,4	3,8	5,7	6,0

<sup>1</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %. <sup>2</sup> Inlandskonzept. <sup>3</sup> Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). <sup>4</sup> Verbraucherpreisindex (2020=100). <sup>5</sup> Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. <sup>6</sup> In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2023 bis 2024: Prognose der Institute.